

PRESSEINFORMATION

ZUR GR-SITZUNG AM 26. SEPTEMBER 2014

Titel: Zurückrudern bei Bürger_innenbeteiligung?

Uttl.: Grüne, FPÖ und Liste Hofbauer entlarven ihre Lippenbekenntnisse

Bei der letzten Volksbefragung haben sich 82% für mehr Bürgerbeteiligung im Bereich Raumplanung ausgesprochen.

Nun ist für die Nachnutzung der Magdeburgkaserne ein Entwicklungsprozess gestartet worden, bei dem – erstmalig in Klosterneuburg – ein fraktionsübergreifendes Steuerungsteam (auch kleine Fraktionen haben gleiches Gewicht!) nach dem Konsensprinzip arbeitet. Der erste Schritt, die Begehung des Kasernengeländes mit anschließendem Ideenworkshop (bei beiden weit über 100 Bürger_innen beteiligt!), war gut geeignet, Bürger_innen bei der Gestaltung dieses neuen Stadtteils einzubeziehen. Hier wird wahre Bürger_innenbeteiligung ermöglicht.

Dass es statt „Bürger_innenbeteiligung-light“ (Alibiaktionen wie nachträgliche Information, Fragen nachdem vollendete Tatsachen geschaffen wurden) jetzt Dialoge auf Augenhöhe gibt, ist nicht zuletzt den Bemühungen von PUK und Liste SAU im Steuerungsteam zu verdanken, eine Tatsache, die auch BM Schmuckenschlager in der Gemeinderatssitzung positiv hervorgehoben hat. Und die große Anzahl der im Ideenworkshop anwesenden Bürger_innen gibt diesem neuen Weg Recht.

Obwohl klar ist, dass der Verkauf der Magdeburgkaserne vor der Tür steht, und dass für die Kaufverhandlungen der Stadtgemeinde ein hieb- und stichfester Masterplan („Städtebauliches Leitbild“) erforderlich ist, versuchen die Grünen mittels eines Dringlichkeitsantrages den Entwicklungsprozess für dieses Leitbild zu sistieren! Die Forderung nach einer fixen Verkaufszusage durch das Heer als Bedingung ist ein Scheinargument. Wenn Klosterneuburg keinen akkordierten Plan vorweisen kann, was es mit dem Areal vorhat, gibt es keine vernünftige Verhandlungsposition.

Warum verweigern Grüne, FPÖ und Liste Hofbauer echte Bürger_innenbeteiligung?

Das scheint aber Einigen ein Dorn im Auge. Bereits im Vorfeld ziehen sich Hofbauer und FPÖ aus dem Steuerungsteam zurück. Die Grünen glänzen im Ideenworkshop durch Abwesenheit.

Die Diskussion verbiss sich während der GR-Sitzung auf formale Argumente: der zuständige Planungsausschuss werde ausgehebelt, Entscheidungen würden in einem nicht legitimierten Gremium getroffen: Das entspricht nicht der Wahrheit. Zum ersten hat natürlich auch der Planungsausschuss keine Entscheidungskompetenz, sondern nur der Gemeinderat, und zum zweiten ist der Planungsausschuss selbstverständlich in den Entwicklungsprozess eingebunden. Schweeger's Standpunkt: „Bei komplexen Materien können Problemlösungen nur interdisziplinär erarbeitet werden. Seit Jahren plädieren wir daher für die Einsetzung ausschussübergreifender Gremien. So etwas komplexes wie eine Ortsteilentwicklung erfordert die Einbindung von Planungs-, Verkehrs-, Umwelt/Verwaltungsausschüssen usw., die Teilnahme aller kommunalen Ver- und Entsorgungsbetriebe, Sozial-, Kultur- und Schulbereiche. Dass der Planungsausschuss dies allein bewerkstelligen könnte, ist Illusion. Und darüber hinaus hat der Bürgermeister das Recht, beliebige Gremien einzusetzen. Die letztendliche Entscheidungskompetenz des Gemeinderats wird dadurch weder ausgehebelt noch behindert.“

Die Schlussfolgerung drängt sich auf: Grüne, FPÖ und Liste Hofbauer haben Angst, dass jene Diskussionen, die bisher in Ausschüssen hinter verschlossenen Türen erfolgen, nun mit Beteiligung der Bürger_innen stattfinden. Und den Parteien ein Teil ihrer „Macht“ verloren gehen könnte. „Echte Bürger_innenbeteiligung ist offenbar unerwünscht weil nicht kontrollierbar. Dass manche Politiker_innen vor dem Fachwissen von Menschen in Zivilberufen zittern, statt sich über deren Beitrag zu freuen, zeugt von einem völligen Mangel an Demokratieverständnis und Lernfähigkeit“, so Schweeger kopfschüttelnd.

Scurriler geht's wohl kaum!